

Die 7 Millionen Hartz IV-Empfänger, darunter 2 Millionen Kinder (SZ v. 10.2.2011) sowie die 5 Millionen Geringverdiener (SZ v. 1.2.2011) gehören zu diesen Bürgern. Eine Anfang des Jahres von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Studie, wonach die Bundesrepublik in Sachen soziale Gerechtigkeit anderen Industrieländern hinterherhinkt und unter den 31 OECD-Staaten nur den 15. Platz belegt, überrascht daher kaum noch. Armut treffe dabei, wie die Stiftung weiter ausführt, viele 18- bis 25-Jährige. Besorgniserregend sei aber vor allem das Phänomen Kinderarmut. Jedes 9. Kind sei arm. „Deutschland gilt als Armutsland“ überschrieb deshalb die SZ ihren darüber berichtenden Artikel (SZ und SZ v. 4.1.2011). Doch schon 2008 hatte die OECD festgestellt, daß die Armut in Deutschland am schnellsten wächst.

Ähnliche Zahlen gelten auch für den Südwesten: 2009 waren 14 % seiner Bevölkerung armutsgefährdet. 2007 waren es noch 13 %. Auch die Kinderarmut ist gestiegen. Hatten 2005 noch 7 % Leistungen nach Hartz IV erhalten, waren es vier Jahre später 8,8 %. Dies entspricht einem Zuwachs von 22 % (SZ v. 15.10.2010).

### II. Langzeitarbeitslose

Ein großes Problem stellt hierbei der nach wie vor hohe Sockel der Langzeitarbeitslosen dar. Nach der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren es im Frühjahr 2010 fast eine Million (SZ v. 1.4.2010). Erschreckend sei vor allem, meinte die OECD, wie lange Deutsche arbeitslos seien. Die Quote derjenigen, die länger als ein Jahr auf der Strafe stünden (jeder Zweite), sei doppelt so hoch wie der OECD-Durchschnitt (SZ v. 8.7., v. Oktober 2010 und v. 24.2.2011). Nach der Bertelsmann-Stiftung steht Deutschland bei den Bemühungen, Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden, auf dem vorletzten Platz der 31 untersuchten Staaten (StZ und SZ v. 4.1.2011). Den Kampf gegen sie sieht daher die BA als eine ihrer größten Herausforderungen an (StZ und SZ v. 4.1.2011).

### III. Geringverdiener

Außerdem, eine Folge von Hartz IV, arbeiten gegenwärtig in der Bundesrepublik, wie bereits erwähnt, fast 5 Millionen Menschen im Niedriglohnsektor (SZ v. 1.2.2011). 70 % hatten dabei eine abgeschlossene Ausbildung (StZ v. 28.7.2010). Gleichwohl ist dieser Sektor, so die OECD schon 2008, in Deutschland am stärksten gewachsen. Weitere 1,2 Millionen sogenannte Aufstocker, die als Hartz-IV-Empfänger entweder einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen oder einen sozialversicherungspflichtigen Job haben, kamen nach der BA 2009 noch hinzu. Da sie nur ein Einkommen haben, das unterhalb der Grundversicherung liegt, erhalten sie Geld von der Arbeitsagentur

## BESCHÄFTIGUNG UND ARMUT – EIN VERHÄLTNIS MIT WECHSELWIRKUNG

Durch die Bemühungen von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften ist es gelungen, die wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise befürchtete hohe Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten. Auf Grund des starken Aufschwungs ging sie sogar spürbar zurück: Im Oktober 2010 waren noch 2,94 Millionen Menschen arbeitslos - der niedrigste Stand seit 1992. Daß die Bundesrepublik inzwischen zum Wachstumsmotor geworden ist, bestätigte auch die OECD (StZ v. 19.11.2010). „Deutschland geht es richtig gut“, stellte daher am Heiligabend die SZ fest (24.12.2010). Und auch 2011, weil Firmen wieder einstellen, dürften so viele Menschen beschäftigt sein wie nie seit der Wiedervereinigung (SZ v. 24.1.2011 und SZ v. 10. und 18.2.2011). Das ist sehr erfreulich.

„Der Erfolg hat jedoch seinen Preis. Und dieser Preis wird von den Armen, vor allem von den Langzeitarbeitslosen in Deutschland bezahlt.....“ (StZ v. 21.12.2010). Doch nicht nur sie, auch die Geringverdiener, prekär Beschäftigten und Minijobber bezahlen ihn. „.....Außer den Betroffenen und den karitativen Verbänden stört sich aber niemand daran“ (StZ v. 21.12.2010).

Warum auch! Angesichts der wirtschaftlichen Erholung ist Armut, ja überhaupt die wachsende Ungleichheit hierzulande nicht gerade ein Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion. Sie ist aber, zumal sie (auch) eine Folge der (Nicht)Beschäftigung ist, in Deutschland schon länger ein Thema. Studien und Untersuchungen berichten immer wieder darüber.

### I. Armut

Über zehn Jahre sind es jetzt her, seit sich die Staats- und Regierungschefs in Lissabon vorgenommen haben, die Beseitigung der Armut bis 2010 voranzubringen. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist die Armut in der Bundesrepublik jedoch „rapide“ gewachsen. Mehr als 11 Millionen Menschen oder 14 % der Bevölkerung gelten inzwischen als arm. Das ist ein Drittel mehr als vor zehn Jahren. Betroffen sind vor allem kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Jugendliche (StZ v. 18.2.2010). Eine Stichprobe des Statistischen Bundesamts für eine EU-Studie hat sogar festgestellt, daß inzwischen jeder 6. Bürger in Deutschland am Rande des Existenzminimums lebt (Ev. Gemeindeblatt f. Würt., 46, 14.11.2010).

(SZ v. 23.8.2010). Ihre Zahl steigt (SiZ v. 5.1.2011). Darüber hinaus gibt es Unternehmen, die - bewußt oder unbewußt - ihren Mitarbeitern erklären, daß sie das, was ihnen infolge des zu geringen Verdienstes zum Lebensunterhalt fehle, vom Staat über Hartz IV aufstocken lassen könnten (SZ v. 4.3.2010).

Deshalb müssen endlich, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die Denkfabrik der BA, Mindestlöhne als Schutz gegen Lohndumping eingeführt werden. Sonst drohe vor allem im Dienstleistungsbereich eine Lohn-Abwärts Spirale (SiZ und SZ v. 21.12.2010). Auch der letztjährige Deutsche Juristentag hat einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn gefordert. Er müsse ein angemessenes Entgelt darstellen und die Ernährung der Familie gewährleisten (SiZ v. 24.9.2010 und SZ v. 25.9.2010). Ein solcher ist nach der IAB notwendiger denn je, weil ab 1. Mai 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für die osteuropäischen Beitrittsländer gilt. Deren Zeit- arbeitsfirmen könnten sonst mit billigen Arbeitskräften hiesige, akzeptable Löhne zahlende Unternehmen verdrängen (SiZ und SZ v. 26.11.2010 sowie SiZ und SZ v. 21.12.2010). Da zudem jedes zweite Unternehmen nicht mehr tarifgebunden ist, ist die Einführung von Mindestlöhnen dringlicher denn je. Lohndumping wäre sonst Tür und Tor geöffnet. Drei Viertel der Arbeitnehmer blicken daher besorgt der anstehenden Öffnung entgegen (Sonntag Aktuell v. 27.2.1011). „Der gesellschaftliche Schaden wäre immens“, so der IAB-Chef. Die meisten europäischen Staaten kennen übrigens Mindestlöhne schon länger. Jobs sind dadurch nicht vernichtet worden (SZ v. 22.12.2010).

Die SZ sprach deshalb zu Beginn des letzten Jahres vom „riesigen Niedriglohnssektor“ (SZ v. 14.1.2010). Dieser sei jedoch kein Zufallsprodukt (SZ v. 11.2.2010). Die Politik habe das gewollt. So habe der frühere nordrhein-westfälische Arbeitsminister Laumann die Meinung vertreten, daß die Beschäftigung nur wachse, wenn man einen Niedriglohnbereich von sechs oder sieben Euro die Stunde habe. Ebenso habe der frühere Bundeskanzler Schröder 2005 in Davos hervorgehoben, daß in Deutschland einer der besten Niedriglohnbereiche aufgebaut worden sei. Inzwischen ist dieser zu einer alltäglichen Erscheinung geworden (SZ v. 10.12.2010). Der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach hat deshalb schon vor über einem Jahr im Hinblick auf diesen Sachverhalt angemerkt, daß unter dem rot-grünen Umbau der damals noch gültigen Deutschland-AG die Sozialkrise verschärfte, ja der Sozialstaat überhaupt zurückgefahren worden sei (SiZ v. 19.12.2009).

#### **1. Anmerkung (Hartz IV)**

Dabei ist es beileibe nicht so, daß sich die Bezüher von Hartz IV in der staatlichen Grundsicherung

einrichten und es sich dort gut gehen lassen. Eine Befragung von 10.000 Hartz IV-Empfängern durch das IAB hat ergeben, daß der größte Teil der Arbeitslosen arbeiten möchte. Ihre Motivation sei sogar höher als die der übrigen Bevölkerung. So würden 80 % eine Arbeit auch unter ihrem Qualifikationsniveau aufnehmen. Die Bereitschaft zu einem Umzug sei allerdings nur bei einem Drittel vorhanden (SZ v. 27.8.2010). Ebenso hatte Anfang 2010 eine Studie des DIW ermittelt, daß 90 % der Langzeitarbeitslosen unter den 56-Jährigen eine angebotene Arbeit sofort annehmen würden (SZ v. 17.2.2010 und v. Okt. 2010). Eine kleine Minderheit hat es sich in der Grundsicherung allerdings bequem gemacht (SZ v. 30.8.2010).

Der Hauptgrund, warum es zu keiner Anstellung kommt, sind fehlende Stellen. Sie fehlen insbesondere für Geringqualifizierte (SZ v. 29.10.2010). Hartz IV hat daher auch etwas mit Bildungsmängel zu tun. So hat jeder fünfte Hartz IV-Empfänger keinen Schulabschluß, wobei der Anteil der Migrantenkinder doppelt so hoch wie bei Deutschen ist (SiZ v. 25.2.2011). 65.000 Jugendliche ohne Abschluß kommen Jahr für Jahr hinzu (SZ v. 1.12.2010). Mehr als die Hälfte verfügt zudem über keine abgeschlossene Ausbildung oder weist sonstige soziale Defizite auf. Gut zwei Drittel der knapp drei Millionen Arbeitslosen sind davon betroffen. Die fehlenden Sprachkenntnisse bei Migranten sind ein weiterer Grund für deren hohe Arbeitslosigkeit (SZ v. 28.10.20). Nötig sind deshalb weitere Bildungsmaßnahmen (SZ v. 29.10.2010 und v. 5.1.2011). Diese sind umso zwingender, als der Schulerfolg - und das ist nach wie vor beschämend - in Deutschland immer noch von der sozialen Herkunft abhängt (SZ v. 7.12.2010). So hat ein Akademikerkind 4,5 mal mehr Chancen als ein Arbeiterkind, un aufs Gymnasium zu kommen (SiZ v. 9.12.2010). Daran hat sich trotz der besseren Pisa-Ergebnisse nichts geändert. Nach wie vor ist, so die Bertelsmann-Studie, der Bildungserfolg stark vom sozioökonomischen Hintergrund abhängig (SiZ und SZ v. 4.1.2011). Eine bessere Bildung setzt allerdings mehr Ausgaben voraus. Doch auch da liegt die Bundesrepublik mit 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts unterhalb des OECD-Durchschnitts. Dieser ist ein Prozent höher.

So bleibt die - allerdings eher rhetorische - Frage, ob eine Gesellschaft dies hinnehmen darf. Der eigentliche Geburtsfehler, so das IAB, sei ja der, daß das Fördern nicht funktioniere (SZ v. 28.9.2010). Denn zum einen fehlt den Beschäftigten in den Jobcentern die notwendige Ausbildung, so daß die Bescheide zur Hälfte fehlerhaft sind. Außerdem werden die Langzeitarbeitslosen wie Bittsteller behandelt (SZ v. 24.2.2011). Zum andern, meint das IAB weiter, sei Hartz IV nur für eine Übergangszeit von ein paar Monaten gedacht gewesen. Weil es für Hartz-IV-Empfänger aber

keine Arbeit gebe, seien sie lange Zeit, wenn nicht lebenslang auf das staatliche Geld angewiesen. Die Wahrscheinlichkeit sei zudem groß, und das sei das Bedrückendste, daß später auch die Kinder, einmal erwachsen, davon abhängig seien. Denn wer in diesem Land von unten komme, habe es schwer, oben anzukommen (SZ v. 28.9.2010). Beschäftigung und Armut hängen daher eng miteinander zusammen. Umso mehr kommt es darauf an, daß Beschäftigung ordentlich bezahlt wird.

## 2. Anmerkung (Löhne)

Daran hat es in der Vergangenheit gefehlt. So sind zum ersten Mal seit sechs Jahren wieder die Löhne um real 1,1 % gestiegen, nachdem die Beschäftigten 2001 und 2004 bis 2009 Reallohnverluste hinnehmen mußten (SZ v. 22.1. und 2.3.2011). In den vergangenen Jahren haben deshalb die Beschäftigten nur Krümel vom Kuchen abbekommen (SZ v. 26.8.2010). Zudem fielen die realen Lohnzuwächse erheblich geringer aus als in anderen Industrienationen. Dementsprechend ging die Lohnquote zurück. Betrug sie 2000 noch 72 %, sank sie 2007 auf 64 %. Gegenwärtig sind es wieder 65,5 % (SZ v. 3.12.2010). Das heißt aber, daß zwischen 2000 und 2009 die realen Löhne und Gehälter um 4,5 % gesunken sind (SZ und SZ v. 16.12.2010 sowie SZ v. 11.2.2011). In der Lohnentwicklung stand daher die Bundesrepublik schon 2008, so die OECD, an letzter Stelle. Bis heute hat sich daran nichts geändert (SZ v. 17.11.2010). Deutschland ist nach wie vor - und zwar mit deutlichem Abstand, so das Statistische Bundesamt - Schlusslicht in der EU beim Lohnzuwachs (SZ v. 10.12.2010). Hinzu kommt, daß die Schere bei Löhnen und Gehältern zwischen dem gewerblichen und dem Dienstleistungsbereich immer größer wird. In keinem EU-Land ist die unterschiedliche Bezahlung so groß wie in der Bundesrepublik. (SZ v. 2.3.2011). - Drastisch gesunken ist übrigens auch die Arbeitszufriedenheit (SZ v. 23.12.2010). Nach einer Umfrage des Instituts Gallup machen 67 % der Arbeitnehmer Dienst nach Vorschrift. Weitere 20 % haben innerlich gekündigt. Die emotionale Bindung an den Arbeitgeber ist erschreckend gering. Das hat aber vor allem etwas mit Führungs- bzw. Unternehmenskultur zu tun. Der betriebs- und volkswirtschaftliche Schaden ist dementsprechend immens (SZ v. 2.3.2011).

Gleichzeitig nahmen die Unternehmer- und Vermögensgewinne um ein Drittel zu (SZ v. 26.8.2010). Das heißt aber, daß eine enorme Umverteilung von unten nach oben stattgefunden hat (SZ v. 1.12.2011). In keinem Industrieland sind auch die Einkommensunterschiede so stark wie in Deutschland gestiegen (SZ v. 17.11.2010). So haben allein die Gehälter der Dax-Vorstände in den letzten 20 Jahren, Stichtag 2008, um 650 % zugenommen. Nachdem dann im Verlauf der Krise die Einkünfte etwas zurückgegangen waren, stiegen sie 2009 erneut an: Die ersten zehn Topmanager

der Dax-Konzerne verdienen wieder zwischen 3,8 und 9,9 Millionen Euro, ohne daß, so die SZ, ein Aufschrei durch das Land gegangen wäre (SZ v. 20.3.2010).

## III. Beschäftigung (allgemein)

Zu hoffen ist indes, daß beim allseits begrüßten „deutschen Jobwunder“ die Warnung des Chefs der BA, Frank-Jürgen Weise, die schöne Entwicklung sei noch nicht gesund, nicht untergeht. Trotz der auch für ihn ermutigenden Aufwärtsphase machte er Ende September und Ende Oktober 2010 darauf aufmerksam, daß neue Arbeitsplätze vor allem bei Zeitarbeitsfirmen sowie im Dienstleistungs-, Gesundheits- und Sozialbereich entstanden sind (SZ v. 1. und 28.10.2010 sowie SZ v. 29.10.2010). Inzwischen haben, so das IAB, noch rund 60 % der Arbeitnehmer einen regulären Job. Vor 15 Jahren waren es 67 % (SZ und SZ v. 4.3.2011).

Anfang des Jahres hat die BA dementsprechend bekannt gegeben, daß von den 40,37 Millionen Erwerbstätigen, wobei drei Viertel im Dienstleistungssektor beschäftigt waren, nur noch 22,1 Millionen in Vollzeit tätig sind. So habe sich die Zahl der Teilzeit-Beschäftigten in den letzten fünf Jahren um fast eine Million auf 5,28 Millionen erhöht. Außerdem gebe es inzwischen fünf Millionen 400-Euro-Jobber (SZ und SZ v. 4.1.2011). Nach dem IAB beträgt die Zahl der Teilzeitjobs sogar 8,7 Millionen. Ein Fünftel davon würde gerne länger arbeiten (SZ v. 4.3.2011).

Die BA hat darüber hinaus festgestellt, daß zwischen Oktober 2007 und Oktober 2010 die Arbeitslosigkeit unter den 60- bis 64-jährigen drastisch, d. h. von 34.500 auf 145.000 nach oben gegangen ist. Nur eine Minderheit habe vor dem Eintritt in den Ruhestand einen sozialversicherungsrechtlichen Job gehabt (SZ v. 13.11.2010). Unter den 63- und 64-jährigen Männern seien sogar nur noch 8,3 % und unter den Frauen nur noch 3,4 % vollbeschäftigt gewesen (SZ v. 2.12.2012). Doch selbst die über 50-jährigen finden keine Stelle mehr, weil sie als unvermittelbar gelten. (SZ v. 12.3.2011). In Stuttgart beträgt ihr Anteil 29,1 % (SZ v. 9.3.2011). Die Klagen der Wirtschaft über den Fachkräftemangel verlieren daher etwas von ihrer Glaubwürdigkeit.

Der BA-Chef hatte im vergangenen Oktober zudem darauf hingewiesen, daß zu den knapp drei Millionen Arbeitslosen - Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Jugendliche und überproportional viele Ausländer - noch weitere 1,15 Millionen Personen hinzu kämen, die aus der Statistik gefallen seien, weil sie gerade eine arbeitspolitische Maßnahme absolvierten oder 58 Jahre und älter seien (SZ v. 29.10.2010 und 5.1.2011). Ebenso fielen Ein-Euro-Jobber, kranke Erwerbslose oder Arbeits-

suchende, die sich privat vermitteln ließen, aus der Statistik heraus. Mehr als 5 Millionen Menschen seien jedenfalls auf Arbeitslosengeld oder Hartz IV angewiesen. Außerdem wies er darauf hin, daß die zu geringen Investitionen in die Bildung ein strukturelles Risiko darstellten (SZ v. 29.10. sowie SZ v. 28. und 29.10.2010). Insofern hat auch der Sachverständigenrat in seinem letztjährigen Gutachten moniert, daß Deutschland im internationalen Vergleich nur mittelmäßig sei. Er forderte deshalb dazu auf, mehr in diesen Bereich zu investieren (SZ v. 11.10.2010).

#### **IV. Beschäftigung (im besonderen)**

##### **1. Leiharbeit**

Das Jobwunder ist zu einem nicht unerheblichen Teil auf die zunehmende Leiharbeit zurückzuführen. Seit 2004 hat sie um das Fünffache zugenommen (SZ v. 4.3.2011). Im Oktober 2010 sind knapp 40 % der neuen Arbeitsplätze - 191.000 der insgesamt 498.000 - von den 2.300 Zeitarbeitsfirmen geschaffen worden (SZ v. 1.10. und SZ v. 29.10.2010). Im November waren es 50 %. Insgesamt fand letztes Jahr jede dritte Neueinstellung in der Zeitarbeitsbranche statt (SZ und SZ v. 8.2.2011). Gut die Hälfte der Leiharbeiter ist unter 35 Jahre alt (SZ v. 1.10.2010). Die vertriehenen Männer sind dabei eher in der Industrie, vor allem in der Metall- und Elektrobranche, die Frauen im Gesundheits- und Dienstleistungsbereich beschäftigt (SZ v. 1.10.2010). Wegen des zunehmenden Umfangs der Leiharbeit wie übrigens auch der sogenannten Werks- und Dienstverträge, insbesondere aber wegen ihrer Handhabung ist jetzt allerdings der Staat gefordert (SZ v. 15.12.2010).

Leiharbeit ist bekanntlich durch die rot-grüne Koalition erleichtert worden. Ziel war es, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Den Unternehmen wurde deshalb die Beschäftigung von Leiharbeitern leichter gemacht. Inzwischen nähert sich ihre Zahl der Millionengrenze (SZ und SZ v. 4.3.2011). In Baden-Württemberg - und hier vor allem in der Metall- und Elektroindustrie - waren es im letzten Juni 100.000. „Das sind“, so die IG Metall, „Menschen, die schlecht bezahlt und jederzeit kündbar sind.“ Der Aufschwung werde so dazu genutzt, billige und unsichere Jobs massiv auszubauen (SZ v. 25.2.2011). Mittelfristig rechnen die Zeitarbeitsverbände mit 2,5 Millionen Beschäftigten (SZ v. 2.10.2010). Leiharbeit boomt daher wie sonst keine Branche (SZ v. 25.1.2011).

Mindestens die Hälfte der geliehenen Arbeitskräfte ist in der Regel, so das IAB, nicht länger als drei Monate beschäftigt (SZ v. 1.10.2010 und SZ v. 14.1.2011). Sie lassen sich leicht beschaffen. Man wird sie genauso leicht wieder los. Nach einer Studie des DGB ist demzufolge das Entlassungsrisiko - trotz des Aufschwungs - vier bis fünfmal höher gewesen als in der Gesamtwirtschaft (SZ v.

19.2.2011). Kündigungsschutz ist also für die Arbeitgeber kein ungeliebtes Thema mehr. Von der Zeitarbeit kann er jetzt jederzeit umgangen werden.

Von gleicher Entlohnung für gleiche Arbeit kann dabei nicht die Rede sein. In der Regel verdienen Leiharbeiter 50 % weniger als die Stammbeslegschaft. Jeder Achte erhält sogar so wenig, daß er zusätzlich auf Hartz IV angewiesen ist (SZ v. 8.2.2011 sowie SZ v. 14.1 und 8.2.2011). Besonders groß ist die Kluft in der Industrie. Dort verdienen Leiharbeiter nicht einmal halb so viel wie die Stammbeslegschaften. Dabei haben 60 % einen Berufsabschluß. Beschäftigung macht also arm (SZ v. 7.2.2011). Doch schon 2008 hatte die OECD festgestellt, daß in den meisten europäischen Ländern die Leiharbeiter besser bezahlt und abgesichert sind als in Deutschland. Wegen einer gleichen Bezahlung müßte indes nur eine Novelle des früheren Ministers Clement aufgehoben werden, mit der die Entlohnung der Leiharbeit zu deren Nachteil abgeändert worden ist.

Zeitarbeit verhilft auch nicht zu einem festen Job. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung (SZ v. 28.4.2010) werden lediglich 7 % der Leiharbeiter übernommen. Die gleiche Feststellung hatte schon ein Regierungspapier Anfang 2010 getroffen. Von einem Klebeeffekt könne man daher nicht sprechen (SZ v. 14.1.2010, s. auch SZ und SZ v. 30.6.2010 sowie SZ v. 4.3.2011). Leiharbeit ist also nur selten die Brücke in ein reguläres Arbeitsverhältnis. Sie fördere vielmehr, meint die Stiftung, die Tendenz, die Belegschaft in einen Rand- und einen Kernbereich zu spalten, führt also zu einer Zwei-Klassen-Arbeitsgesellschaft. Doch dies schafft Unruhe: Fest angestellte Mitarbeiter fürchten, daß sie durch billigere Zeitarbeiter verdrängt werden, Leiharbeiter sind unzufrieden, weil sie für die gleiche Arbeit weniger Geld erhalten. Die Stiftung fordert daher hinsichtlich der Löhne und Arbeitsbedingungen eine Annäherung an die Stammbeslegschaft. Sonst komme es zu einem sozialen Gefälle. Dadurch gehe aber der Zusammenhalt verloren, weil, so die SZ vom 7.4.2010, der Reduzierung der Personalkosten alles untergeordnet wird.

Leiharbeit war einst als Instrument dafür gedacht, Auftragspitzen abzubauen. Heute dient sie indes immer mehr dazu, die Lohnkosten zu senken, um billiger produzieren zu können (SZ v. 1.10. und 15.12.2010). So dümmte schon Anfang 2010 jeder vierte Mittel- und jeder zweite Großbetrieb seine Stammbeslegschaft aus und ersetzte sie durch Leiharbeitskräfte (SZ v. 14.1.2010). Außerdem hat eine Umfrage der IG Metall unter 5.100 Betrieben ergeben, daß 43 % der befragten Unternehmen ihre Stammbeslegschaft abbauen und dafür schlechter bezahlte Leiharbeiter einstellen (SZ und SZ v. 28.9.2010 sowie SZ v. 8.2.2011). Inzwischen haben sogar viele Firmen eigene Zeitarbeitsunter-

nehmen begründet, um geltende Tarifverträge zu unterlaufen (SZ v. 1.10.2010 und 8.2.2011).

Für Leiharbeiter wurden zwar auch Tarifverträge abgeschlossen. Die Zeitarbeitsfirmen wenden jedoch die Verträge oft falsch an, indem sie die Leiharbeiter zu niedrig eingruppierten, bei Krankheit den Lohn nicht weiterzahlen, Sozialversicherungsbeiträge und Steuern unzureichend bzw. verspätet abführen oder Urlaubsansprüche und Urlaubsgeld nur eingeschränkt gewähren. Das Bundesarbeitsministerium mußte deshalb einräumen, daß die Zahl der verhängten Bußgeldbescheide „enorm“ zugenommen hat (SZ v. 1.10.2010). „Enorm“ heißt beispielsweise, daß allein zwischen 2007 und 2008 die Bußgeldbescheide um das Vierfache gestiegen sind (SZ v. 17.8.2010).

Auf Grund all dieser Sachverhalte erstaunt es daher nicht, daß 85 % der Bundesbürger Leiharbeit als Lohndumping betrachten. Zwei Drittel halten sie für eine Form der modernen Ausbeutung (SZ v. 17.8. und SZ v. 1.10.2010). Bei der Leiharbeit geht es deshalb in einem schon grundsätzlichen Sinne um die Frage, wie eine Gesellschaft und ihre Arbeitswelt verfaßt sein soll, also vor allem darum, daß gleiche Arbeit gleich bezahlt wird und Leiharbeiter keine rechtlosen Beschäftigten sind.

Unterdessen hat Arbeitgeberpräsident Hundt die Regierung davor gewarnt, Leiharbeiter ab einer bestimmten Frist genauso wie Stammkräfte bezahlen zu müssen. Denn dann würden die großen Unternehmen durch ein Auswecheln der Zeitarbeiter Wege finden, mit dem Problem fertig zu werden (SZ v. 29.1.2011). Im Klartext heißt das: Vor Ablauf der Frist, ab der ein Zeitarbeiter den gleichen Lohn erhalten müßte, würde er „frei“gesetzt werden. Damit stellt sich heraus, so Berthold Huber, daß die Arbeitgeber, die einst wegen plötzlicher Aufträge Leiharbeiter haben wollten, um flexibel reagieren zu können, lediglich die Löhne senken und die Profite erhöhen wollen. „Das ist eine Täuschung der Menschen und der Politik“ (SZ v. 5.2.2011).

Nun kann man der Meinung sein, daß es besser ist, eine geliehene Arbeit zu haben als gar keine. Dabei wird jedoch übersehen, daß es dabei auch um eine Veränderung des Arbeitsrechts geht. Zudem verändert sich mit der Art des Arbeitsplatzes auch die Möglichkeit, sein Leben planen oder Arbeitnehmerrechte in Anspruch nehmen zu können. Leiharbeitskräfte sind überdies fügsame Beschäftigte. Sie tun nichts, was sie gefährden könnte. So werden mit der Art der Beschäftigung auch Institutionen brüchig, die einst in der Erkenntnis eingeführt wurden, daß es Demokratie nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft geben muß. Die Politik darf deshalb nicht nur darüber debattieren, ob Zeitarbeiter den gleichen Lohn erhalten. Sie muß sich auch mit der Frage beschäftig-

gen, ob Zeitarbeit nicht erschwert oder gar verboten werden sollte (SZ v. 31.1.2011). Der Staatsbürger wird im Betrieb sonst wieder zum Untertan.

## 2. Befristete Arbeitsverhältnisse

Doch nicht nur die Leiharbeit, auch die befristeten Arbeitsverhältnisse nehmen immer mehr zu. Die Vollzeit- und tarifgebundene Arbeit nimmt hingegen immer mehr ab. So stehen heute, wie erwähnt, noch 60 % der Beschäftigten in einem normalen Arbeitsverhältnis. Bei Neueinstellungen, fand das IBA heraus, ist inzwischen fast jeder zweite Job befristet (SZ v. 17.3. und 24.12.2010 sowie SZ v. 7.4.2010). Heute stehen 2,7 Millionen in einem befristeten Arbeitsverhältnis, eine Million mehr als in den 90er Jahren (SZ und SZ v. 4.3.2011). Auch eine interne Umfrage der IG Metall in 7000 Betrieben hat ergeben, daß Einstellungen überwiegend befristet oder in Form von Leiharbeit erfolgen. Der IGM-Chef schloß daraus, daß die Unternehmen voll auf unsichere und gering entlohnte Beschäftigung setzen (SZ v. 21.1.2011). Eine Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage hat darüber hinaus bestätigt, daß die Unternehmen immer weniger Beschäftigte unbefristet einstellen (SZ v. 14.4.2010). - Ähnlich verhält sich übrigens auch die Hochschule gegenüber ihrem wissenschaftlichen Nachwuchs: Projektarbeit und befristete Arbeit sind dort sogar die Regel (SZ v. 29.11.2010). Dabei heißt es in jeder Sonntagsrede, daß Wissen unser einziger Rohstoff ist.

Unter der inzwischen praktizierten Eionstellungspraxis leidet vor allem die junge Generation (SZ v. 19.10.2010). „Unsichere Arbeitsplätze werden zur Regel“, titelte daher schon im vorigen Frühjahr die SZ auf ihrer ersten Seite (17.3.2010). „Wir haben“, besätigte wenig später auch BA-Chef Weise, „mehr Teilzeitarbeitsplätze, mehr befristete Stellen und mehr schlecht bezahlte Arbeitsplätze“ (SZ v. 1.4.2010).

Eine nicht weniger besorgniserregende Zahl geht damit einher: Im vorigen Jahr, so das IAB, arbeiteten nur noch 52 % der Beschäftigten in Betrieben, für die ein branchenbezogener Tarifvertrag vereinbart war. Damit gelten in immer mehr Unternehmen nur noch die gesetzlichen Mindeststandards (SZ v. 7.4. und v. 17.11.2010). Denn durch ihre Verabschiedung aus der Tarifbindung können sie die Löhne und Arbeitsbedingungen jetzt selbst festlegen. Das hat zur Folge, daß Arbeitnehmer für Hungerlöhne arbeiten und vom Staat zusätzlich unterstützt werden müssen (SZ v. 22.12.2010).

Wer aber nur befristet eingestellt wird, hat keinen Kündigungsschutz. Wer auf einen Anstellungs-

vertrag hofft, wird nicht auf die Bezahlung von Überstunden drängen. Er wird auch nicht den Betriebsrat konsultieren, weil er sonst die Stelle verlieren könnte. So lassen die Unternehmen eine Generation heranwachsen, die sich auf ihren Job auch dann nicht verlassen kann, wenn sie ihn gut macht. Das aber läßt eine Gesellschaft instabil werden (SZ v. 24.12.2010).

Selbst wenn im Prinzip ein Vertrag auf Zeit besser ist als gar keiner, drängen sich trotzdem grundsätzliche Fragen auf wie etwa die nach den Folgen eines entfesselten Arbeitsmarkts oder der gesellschaftlichen Entwicklung, beispielsweise der Familienplanung. Wenn sich deshalb die Unsicherheit in den Betrieben immer weiter breit macht, verlieren die Menschen ihren Zukunfts-optimismus (SZ v. 19.3.2010). Außerdem büßte die Arbeit nicht nur ihren sinnstiftenden Wert ein (SZ v. 8.2.101), sondern verkäme, so Berthold Huber, zur Ramschware (SZ v. 11.2.2011).

### 3. Minijobs

Darüber hinaus gibt es gegenwärtig in Deutschland fast fünf Millionen Minijobber. Unberücksichtigt bleiben hierbei 2 Millionen, die diese Beschäftigung als Nebenjob ausüben (SZ und SZ v. 4.3. 4.3.2011). Zwei Drittel davon sind Frauen (SZ v. 17. 5. 2010). Die hohe Zahl ist - unter anderem - darauf zurückzuführen, daß viele sozialversicherungspflichtige Stellen in Minijobs umgewandelt worden sind (SZ v. September 2010).

Die meisten Minijobber arbeiten im Einzelhandel, aber auch in der Gastronomie, in der Gebäudetreue und im Gesundheitswesen. Viele von ihnen haben keinen schriftlichen Arbeitsvertrag, obwohl spätestens nach einem Monat ein schriftlicher Nachweis über die wesentlichen Arbeitsbedingungen auszustellen ist. Obwohl also die arbeitsrechtliche Seite gesetzlich geregelt ist, kommt es immer wieder vor, daß der Lohn vorenthalten, kein bezahlter Urlaub und keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gewährt oder der Mutterschutz ausgehehelt wird. Nur wer da ist, bekommt Geld! (SZ v. 17.5. und v. 23.6.2010 sowie v. 17.1.2011). Dabei hat ein Minijobber die gleichen Rechte wie ein Teilzeitbeschäftigter.

Was daher als einzelner Gesetzesverstoß angesehen werden konnte, scheint sich zu einem Flächenbrand auszubreiten (SZ v. 17.5.2010). Der letztjährige Deutsche Juristentag hat deshalb festgestellt, daß Minijobber häufig um den Anspruch auf Urlaub, Lohnfort- oder Sonderzahlung betrogen würden. Sie seien zudem oft von Altersarmut bedroht, weil sie schlechter bezahlt und kaum qualifiziert würden. Er sieht daher mit Sorge, daß die Minijobber in allen Beschäftigungsverhältnis-

sen zunehmen (SZ v. 23.10.2010). Deren „massive Diskriminierung“ hatte schon zuvor auch ein Rechtswissenschaftler der Universität Tübingen beklagt (SZ v. 23.6.2010).

Zu einer besonderen Unsitte ist dabei die sogenannte Abrufarbeit geworden: Minijobber werden in Läden oder in der Gastronomie nach Belieben ein- und abbestellt. Man telefoniert sie für vier Stunden herbei, schiekt sie jedoch mangels Umsatz nach zwei Stunden wieder nach Hause. Voraussetzung für diese Art von Tätigkeit ist also grenzenlose Flexibilität (SZ v. 29.3.2010 und v. 17.5.2010). Der quasi rechtlose Stundenlöhner ist damit wieder aufstanden (SZ v. 23.6.2010).

Trotz der bekannt gewordenen Gesetzesverstöße gibt es jedoch keine staatliche Aufsicht. Die Minijobzentrale hält sich nicht für zuständig (SZ v. 23.6.2010). Und das Bundesministerium für Arbeit will von Mißständen nichts wissen. Erst im September 2010 hat es erklärt, daß es - im Gegensatz zum Mindestlohn - keine Notwendigkeit zu handeln sehe. Die geltenden Regelungen hätten sich bewährt. Gebe es Probleme, müsse der Arbeitnehmer selbst seine Ansprüche geltend machen (SZ v. September 2010). Inzwischen hat das Ministerium wenigstens ein Merkblatt herausgegeben (SZ v. September 2010). Wegen des geringen Streitwerts lassen sich jedoch kaum Rechtsanwältinnen, abgesehen davon, daß dann sofort die Kündigung ausgesprochen werden dürfte. Die Minijobber sind daher auf sich allein gestellt. Die Öffentlichkeit berührt das bisher wenig.

Dies darf jedoch in einem Land, das laut seinem Grundgesetz ein sozialer Rechtsstaat ist, so nicht bleiben. Unsere Gesellschaft wird daher entscheiden müssen, welche Arbeitswelt sie anstrebt, ob sie beispielsweise alle Risiken auf die Arbeitnehmer verlagern will (SZ v. 8.2.2011). Dann verlore aber die Marktwirtschaft ihr soziales Prädikat und mutierte zur freien, und das hieße letztlich zu ihrer willkürlichen Variante.

### V. Jugendliche

Jugendliche leiden unter der Einstellungspolitik besonders. Sie haben es, so das IAB, nicht nur schwerer, im Arbeitsleben Fuß zu fassen. Sie müssen sich auch auf einen häufigeren Jobwechsel einstellen (SZ v. 4.3.2011). Zudem sind die Ausbildungsplätze 2010 um 11 % und 2009 um 7 % abgebaut worden (SZ v. 30.11.2010). 2008 wußten auch - laut einer Studie des DGB - zwei von drei Jugendlichen kurz vor dem Ende ihrer Ausbildung noch nicht, ob sie übernommen werden. Von denen, die bleiben konnten (36 %), erhielt nur jeder Dritte einen unbefristeten Vertrag. Jeder Vierte wußte hingegen schon vorher, daß es für ihn in seinem Ausbildungsbetrieb keine Zukunft

gibt, mit der Folge, daß er bei Hartz IV oder prekären Jobs landen dürfte (SZ v. 15.12.2009). Nach Aussage des Arbeitgeberverbands Südwestmetall nähert sich die Übernahmchance allerdings wieder der 60 %-Marke (SZ v. 30.11.2010).

Parallel zur Studie des DGB hat eine Untersuchung der BA ergeben, daß die Krise vor allem die ganz Jungen getroffen hat (SZ v. 15.12.2010 und v. 5.1.2011). Auch das Statistische Bundesamt hat festgestellt, daß junge Menschen häufiger arbeitslos und in einer schlechter abgesicherten Beschäftigung tätig sind als noch vor 10 Jahren (SZ v. 13.8.2010). Andererseits, und das gehört mit zum Gesamtbild, hat ein Sechstel der Erwerbslosen bis 25 Jahre kein Interesse an einem Jobangebot (SZ v. 17.2.2010).

Darüber hinaus halten zwei von drei Auszubildenden ihre Vergütung für zu niedrig. So geht aus einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung hervor, daß Lohn und Gehalt nur einen Teil zur Abdeckung der Grundbedürfnisse - Lebensmittel, Miete - reichten. Jeder Vierte jobbe deshalb noch nebenher (SZ v. 17.6.2010). Die Empfindung kommt der Wirklichkeit nahe: Nach dem Statistischen Bundesamt verdienen rund 20 % der 18- bis 25-Jährigen so wenig, daß sie schnell in die Armut abrutschen könnten (Ev. Gemeindeblatt f. Württ. 46, 14.11.2010). Darüber hinaus sind nach der IG Metall die Jugendlichen die Ersten, die in einer Krise ihre Arbeitsstelle verlieren (SZ v. 13.8.2010). Die BA hat diese Aussage bestätigt.

Selbst der Aufschwung, so das Ergebnis einer IG Metall-Studie, scheint an der jüngeren Generation vorbeizugehen. Dies zeige sich daran, daß bei ihr die prekäre Arbeit zunehme. Bei den unter 35-Jährigen habe mehr als jeder Vierte angeeignet, immer nur befristet angestellt gewesen zu sein. Die Jüngsten treffe es dabei am härtesten. Waren 2009 von den 20- bis 24-Jährigen noch 45 % prekär beschäftigt, sind es ein Jahr später 54 % gewesen. Prekäre Arbeitsverhältnisse seien daher für viele zu einer verfestigten Realität geworden. Leiharbeit und grundlose Befristung, so die Forderung der Gewerkschaft, müßten deshalb eingedämmt werden (SZ v. 19.10.2010).

Außerdem wirkt sich ihre soziale Situation nicht nur auf ihre gesundheitliche Situation aus (Schlafstörungen, Depressionen (SZ v. 16.12.2010 und v. 5.3.2010 sowie SZ v. 25.9.2010), sondern auch auf die Demographie. So wollen 33 % der jungen Frauen und 38 % der jungen Männer, so das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, keine Ehe eingehen. Dies führt zwangsläufig zu weniger Geburten (SZ v. 5.4.2010). Wer sich aber von Befristung zu Befristung durchschlägen muß, kann

sein Leben nicht mehr planen. „Wie kann man sich für die Gründung einer Familie entscheiden“ meinte deshalb DGB-Chef Sommer, „wenn man nicht weiß, ob man in sechs Monaten noch Arbeit hat?“ (SZ v. 5. und 7. 4.2010). Die Wirtschaft indes, die schon jetzt wegen fehlendem Nachwuchsklagt, scheint noch nicht begriffen zu haben, daß ihre Einstellungspolitik die gravierenden Folgen des demographischen Wandels noch verschärft: Statt unbefristete Verträge abzuschließen, stellt sie lieber Zeitarbeiter (SZ v. 19.11.2010) oder befristete Kräfte ein. Zudem werden auf diese Weise keine qualifizierten Fachkräfte herangezogen, obwohl gerade die Wirtschaft deren Fehlen immer wieder beklagt (SZ v. 25.1.2011). In Zukunft wird es daher, so die BA, für die Unternehmen noch viel stärker darum gehen, auch schwächeren Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung und Arbeit zu geben (SZ v. 29.10.2010).

### **I. Fazit**

Aus all diesen Daten und Sachverhalten folgt, so Jürgen Borchert, Vorsitzender Richter des 6. Senats am hessischen Landessozialgericht, der eine der beiden Vorlagen zu Hartz IV beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hat, daß letztlich die Politik die Lohnspirale nach unten zu verantworten hat. Durch die Hartz-Gesetze sei sie noch beschleunigt worden. Parallel dazu seien die Abgaben gestiegen. Das aber sei der Fehler, nicht Hartz IV (SZ v. 17.2.2010). Wegen des letzten Punktes hatte schon die OECD festgestellt, daß die Bundesrepublik, wie kaum ein anderes Land, die Durchschnitts- und Geringverdiener am meisten mit Steuern und Sozialabgaben belastet. Inzwischen belaufen sich diese auf über 50 % (SZ v. 5.1.2010).

So ist der Schluß nicht falsch, daß durch Hartz IV und die mittlerweile immer mehr um sich greifende prekäre Beschäftigung die Armut im Lande zugenommen hat. Aber auch die Struktur der Arbeit hat sich verändert. Gefördert wurde nicht ihre Qualifikation, sondern ihre Degradierung (SZ v. 21.12.2009 und v. 4.3.2011). Auf der einen Seite, so das IAB, nimmt die prekäre Beschäftigung zu, auf der anderen nehmen die stabilen Beschäftigungsverhältnisse ab. Die Arbeitswelt driftet folglich immer weiter auseinander (SZ und SZ v. 4.3.2011). Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Menschen droht daher, falls nicht entgegengesteuert wird, wieder zur Ware zu werden. Das Soziale in der Marktwirtschaft, also die Verantwortung auch für den Arbeitnehmer, läuft dadurch Gefahr, verloren zu gehen. „Im ganzen gesehen“, hatte indes schon 2006 das damalige Mitglied des Bundesverfassungsgerichts, Christine Hohmann-Dennhardt festgestellt, „ist dem Kapitalismus mit der Freiheit, in die er entlassen wurde, die Trumpfkarte der Macht über die Staaten und Menschen in die Hände gegeben worden, mit der er nun seine Freiheit ausreizen kann“ (SZ v. 15.2.2011).

## VI. Arm und reich

Die prekäre Beschäftigung hatte - und hat - zudem zur Folge, daß die Kluft zwischen Arm und Reich, so eine neue Untersuchung des DIW, stetig größer geworden ist. Auf der einen Seite stieg die Zahl der Wohlhabenden. Auf der anderen nahmen diejenigen zu - darunter viele Migranten (SZ v. 24.12.2011) - die mit einem niedrigen Einkommen leben müssen, also als arm gelten (SZ v. 15.6.2010). Indiz dafür sind die immer wieder erscheinenden Armutsberichte der Regierung oder die Untersuchungen des Statistischen Bundesamts, wonach in Deutschland Arm und Reich immer stärker auseinanderklafft.

So verfügte 2007 die oberen 10 % der Bevölkerung über mehr als 60 % des privaten Vermögens (SZ v. 17.11.2010). 2002 waren es noch knapp 58 %. Seit Anfang der 90er Jahre haben sich außerdem die Vermögen der Privathaushalte verdoppelt (SZ v. 14.12.2010). Umgekehrt besitzt nach einem Zwischenbericht des DIW von 2009 die untere Hälfte der deutschen Bevölkerung fast nichts (SZ v. 4.12.2009 und v. 19.11.2010). 10 % haben nur Schulden bzw. sind sogar überschuldet (SZ v. 5.11.2010). Nur die reichsten 10 % haben somit ihre Vermögensposition verbessern können. Daß die Ungleichheit wächst, hat auch eine Studie des der Gewerkschaft nahestehenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) festgestellt (SZ v. 3.12.2010). Durch das Sparpaket und die Gesundheitsreform, heißt es dort, verschärfte sich noch die ungleiche Verteilung. Die Hans-Böckler-Stiftung war kurz zuvor zum gleichen Ergebnis gekommen (SiZ v. 1.12.2010). Und die bereits zitierte Studie der Bertelsmann-Stiftung hat als eines ihrer wichtigsten Ergebnisse festgehalten, daß die Einkommensarmut in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen hat (SiZ v. 4.1.2011). Schon 2005 hatte daher Verfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt dafür plädiert, den Sozialstaat zu reaktivieren, da immer mehr Menschen inmitten von steigendem privaten Reichtum in die Armut abgleiten würden (SZ v. 21.1.2011). Sogar der Sachverständigenrat meinte 2009, daß „das Beharrungsvermögen am oberen Rand der Einkommensverteilung überdurchschnittlich hoch ist“ (SZ v. 4.12.200 4.12.2009).

Die einseitige Verteilung der Marktinkommen zeigen überdies folgende Zahlen: Das oberste Fünftel der Bevölkerung hat seinen Anteil am Kuchen zwischen 1993 und 2005 um 6,5 % erhöht und verfügte über 80 %, die untere Hälfte nur über 14,9 % der Einkommen (SZ v. 26.10.2009). Diese Entwicklung hält an: Nach der bereits zitierten Untersuchung des DIW ist die Zahl der Ehepaare mit zwei Kindern unter 14 Jahren, die nur über ein niedriges Einkommen verfügten, zwischen 2000 und 2009 von 18 auf 22 % gestiegen. Die Gruppe derjenigen, die über 150 % des mittleren Einkom-

mens verfügt, hat dagegen zwischen 2000 und 2008 von 16 auf 19 % zugenommen (SZ v. 15.6.2010). Das WSI hat sogar ermittelt, daß die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, über eine Dekade gerechnet, dreimal so stark gestiegen sind wie die Arbeitseinkommen (SZ v. 11.2.2011). Auch die Bertelsmann-Stiftung kritisierte in ihrer Studie die ungleiche Verteilung. Diese sei innerhalb von zwei Jahrzehnten so stark gewachsen wie in kaum einem anderen Industriestaat (SZ v. 4.1.2011). Die Einkommensschere hat sich also weit(er) geöffnet. Beigetragen hat dazu - Stichwort Kalte Progression - die der Mittelschicht immer mehr aufgebürdete Abgaben- und Steuerlast. Beträgt doch diese, man muß es immer wieder festhalten, inzwischen mehr als 50 % (SZ v. 5.1.2010 und v. April/Mai 2010 sowie v. 22.1.2011).

Die mittlere Einkommensschicht ist deshalb der Verlierer des Jahrzehnts (SZ v. 15.6.2010). Grund dafür, so Hengsbach schon Ende 2009, ist die schiefe Einkommens- und Vermögensverteilung gewesen. Momentan fliehe der Großteil des von allen erarbeiteten Reichtums auf das Konto einer kleinen Gruppe (SiZ v. 19.12.2009). Doch schon 2008 hatte die OECD festgestellt, daß in Deutschland die soziale Ungleichheit, bedingt durch die Lohnschwäche der letzten Jahre (SZ v. 17.11.2010), zwischen 1995 und 2005 stärker gewachsen ist als in jedem anderen Industrieland. Das Statistische Bundesamt hat damals diese Feststellung bestätigt. Die Schere zwischen Arm und Reich sei noch nie so groß gewesen wie zu diesem Zeitpunkt. Sie wurde inzwischen noch größer. Mehr als 3/4 der Bundesbürger meinen daher, so Hengsbach, daß es in Deutschland nicht gerecht zugeht. Das Gefühl trügt nicht: Deutschland ist, so das Ergebnis der Bertelsmann-Studie, eine vergleichsweise ungerechte Gesellschaft geworden (SZ v. 4.1.2011). So wird beispielsweise - gewiß ein Extremfall, letzten Endes aber dafür symptomatisch - das Elterngeld für Langzeitarbeitslose gestrichen, Zinsmillionären mit mehr als 250.000 bzw. 500.000 Euro Kapitaleinkünften jedoch gewährt (SZ v. 7.2.2011). Der Staat müßte deshalb korrigierend eingreifen.

Dieser tut das auch, allerdings in umgekehrter Richtung. Denn das exemplarische Sparpaket der Bundesregierung, „eine Waffe im Verteilungskampf“ nannte sie Hengsbach (SZ v. 6.7.2010), verschärft die Spaltung noch: Während die Sozialleistungen gekürzt und die Kassenbeiträge trotz der schon hohen Abgabenquote weiter angehoben werden, werden die hohen Einkommen nicht belastet. Das Sparpaket schröpft also, man kann es nicht anders sagen, die Schwachen und schon die Starken (SZ v. 12.6.2010). So zahlen Wohlhabende in den USA, Frankreich und Japan das Vierfache, in Großbritannien sogar das Fünffache dessen an Steuern, was hierzulande an Steuern auf Vermögen erhoben wird (SZ vom 23.7.2010). Andererseits wird Arbeitnehmern vom Lohn

mehr abgezogen als den Kapitaleigentümern von ihren Zinserträgen (SZ v. 25.1.2011). Während daher der Faktor Arbeit bereits überdurchschnittlich belastet ist und jetzt noch mehr belastet wird, außerdem bei jenen Kürzungen vorgenommen werden, die ohnehin schon wenig haben, trägt der private Reichtum zur Finanzierung des Gemeinwesens „beschämend“ wenig bei (SZ v. 31.5.2010): Hatte man anfangs der Hotelrie die Umsatzsteuer ermäßigt, wurden im letzten Herbst der Atomindustrie durch die - inzwischen ausgesetzte - Verlängerung der Laufzeiten zusätzliche Milliardengewinne eingeräumt. Die Privilegien der Wirtschaft bei der Ökosteuer blieben erhalten, während die Pharmaindustrie weniger als vorgesehen zur Deckung der Gesundheitskosten herangezogen wurde. Über einen Beitrag der Banken durch die Finanztransaktionssteuer oder eine Abgabe wird zwar immer wieder geredet. Sie kommen aber nicht (SZ v. 28.9.2010 und 26.10.2010). Gleichzeitig bleibt die Vermögenssteuer abgeschafft, die Erbschaftssteuer eher eine Bagatelle. Auf diese Weise hat die Bundesregierung den Graben zwischen Arm und Reich noch vergrößert (SZ v. 28.9.2010). Im internationalen Vergleich ist daher die Bundesrepublik nicht nur zu einem Niedriglohnland, sondern für Wohlhabende auch zu einem Niedrigsteuerland geworden (SZ 31.5.2010). Schon 2005 hatte deshalb Hohmann-Dennhardt gerügt, daß die öffentlichen Kassen auch wegen der „enormen Steuerentlastung“ für Unternehmen so leer seien (SZ v. 21.1.2011). Das DIW hat infolgedessen vorgeschlagen, angesichts der notwendigen Konsolidierung der Staatsfinanzen die höheren Einkommen, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen hätten, mittels einer einmaligen Vermögensabgabe und einer reformierten Erbschaftssteuer zu belasten. Aus den gleichen Gründen forderte Hans-Jochen Vogel, die Vermögenssteuer wieder einzuführen (SZ v. 3.2.2011).

Aus all dem folgt, daß die soziale Frage neu gestellt werden muß. Wegen der Konjunktorentwicklung darf die Politik davor nicht die Augen verschließen. Sie muß vielmehr wegen der bereits gefährdeten Stabilität der Gesellschaft mit einer Staatsstaatsdebatte darauf reagieren (SZ v. 11.3.2011). Dabei geht es nicht darum, bestimmte Gruppierungen einseitig zu belasten oder zum Buhmann zu machen. Wohl aber geht es um die für eine Gesellschaft wichtige Aufgabe, durch eine entsprechende Steuerpolitik Einkünfte und Lasten - den jeweiligen Kräften gemäß - gleichmäßig zu verteilen, um das ihr abträgliche Auseinanderdriften von Arm und Reich wieder auf ein vertragliches Maß zurückzuführen.

Die Entwicklung der letzten Jahre führt sonst zu einer weiteren gravierenden Folge: Die eine Gesellschaft tragende Mittelschicht schrumpft: Hatte diese in den 70er Jahren noch einen Umfang von 64 % gehabt, betrug er Anfang des letzten Jahres noch 54 % - Tendenz abnehmend (SZ v.

5.1.2010). Daß die für eine Gesellschaft wichtige Mitte schon länger bröseln, ist indes nicht neu. Zuletzt traf diese Feststellung das DIW 2008. Auch im Juni 2010 hat, wie bereits erwähnt, das Institut festgestellt, daß die Mitte der Verlierer der letzten Jahre gewesen ist (SZ v. 15.6.2010). Die neue soziale Frage muß deshalb wieder mehr in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt werden.

Die einseitige Entwicklung ist für die bundesdeutsche Gesellschaft zudem bedrohlich. Denn bei der sie noch stützenden Mittelschicht löst sie Ängste aus. Sie fürchtet den Abstieg und sucht Schuldige. Sie werden schnell bei denen, die anders sind - Ausländer (SZ v. 15.6.2010), Obdach- und Langzeitarbeitslose - gefunden (SZ v. 15.6.2010). So hält inzwischen nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung jeder dritte Deutsche sein Land für überfremdet. Jeder Zehnte wünscht sich wieder eine Diktatur. Die Zustimmung zu rechtsextremen Parteien nimmt zu. Schuld an dem Rechtsruck, so die Forscher, sei die Furcht der Mittelschicht vor einem Abrutschen in die Armut. (SZ v. 14.10.2010).

Auch die beiden letzten Langzeitstudien der Universität Bielefeld, die 2009 und 2010 für die Bundesregierung erstellt wurden (SZ v. 4.12.2009 und 4.12.2010), bestätigen diese Gefahr. Sie stellen insbesondere fest, daß die Desintegration fortschreitet. Die von der Krise stärker betroffenen Menschen nähmen mittlerweile gegenüber schwächeren Gruppen eine feindselige Haltung ein. Die Bedrohung des Lebensstandards, so 75 % der Bevölkerung, schwäche die Solidarität mit den Schwachen. 65 % seien inzwischen der Auffassung, daß in Deutschland zu viele solcher Gruppen mitversorgt werden müßten. Besonders aufgefallen sei, daß bei den Höherverdienenden - trotz der Umverteilung von unten nach oben - die „rabiaten Meinungen“ über die Schwachen sogar deutlich zugenommen hätten. Zentrale Normen wie Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichwertigkeit, so die Studie weiter, würden inzwischen in Frage gestellt. Mit der Toleranz sei daher Schluß, wenn jemand seinen Status bedroht sehe. Eine Repolitisierung oder soziale Unruhe fände indes nicht statt. Das Gegenteil sei der Fall: Flucht in Apathie und Resignation seien die Folge. Sie rage mittlerweile in alle Schichten hinein. Immer weniger Menschen glaubten daher, daß die Politik die Probleme lösen könne, was diese eigentlich elektrisieren müßte. Dies gelte ebenso für die Tatsache, daß bei jedem Fünften rechtspopuläre Einstellungen festzustellen gewesen seien, wobei es auch insoweit bei den Wohlhabenden eine deutliche Steigerung gegeben habe. - Sogar Klaus Schwab, der Gründer und Präsident des jährlich in Davos stattfindenden Weltwirtschaftsforums, wies letztes Jahr darauf hin, daß die gesellschaftliche Erosion, die in den letzten Jahren nicht nur in Wirtschaft und Politik,

sondern auch in anderen Bereichen habe beobachtet werden können, auf die Aushöhlung des Gemeinschaftsgedankens zurückzuführen sei (SZ v. 5.1.2010). „Solidarität“ aber, so nochmals Hohmann-Dennhardt, „schafft nicht nur soziale Sicherung....., sondern wirkt.....zugleich als Kitt, der die Gesellschaft im Innersten zusammenhält“ (SZ v. 15.2.2011).

## 2. Fazit

Ein Teil der politischen und wirtschaftlichen Elite scheint jedoch diese Thematik noch nicht zu berühren. Denn solange Herr Ackermann auch nach der Krise 25 % Rendite propagiert, Profitmaximierung also oberstes Ziel bleibt, solange es wieder Bonis in alter Höhe gibt, solange - so der britische Zentralbankchef wie auch der Internationale Währungsfonds (IWF) - die Banken nicht stärker reguliert werden bzw. in ihren Bilanzen immer noch unerkannte Risiken versteckt seien und deshalb die nächste Finanzkrise drohe (SZ v. 7. und 11.3.2011), solange Gehälter und Vermögen immer stärker auseinanderklaffen, das Auseinanderklaffen hingegen nicht begründungspflichtig gemacht (SZ v. 11.2.2011), Kritik daran jedoch mit dem Totschlagsargument „Neid“ diskreditiert wird, die einseitige Belastung der Mittelschicht also anhält, und solange sich die Einstellungspolitik vornehmlich an den Kosten orientiert, die gesellschaftliche Verantwortung stattdessen eher hintenan gestellt wird, solange schreitet die „Aushöhlung der Gemeinschaft“ fort.

So meinte wegen des ständig nach oben wandernden Reichtums der Historiker und Autor der „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“, Hans-Ulrich Wehler, in einem 2008 (?) in der SZ erschienenen Interview, daß die SPD im Kaiserreich angesichts eines solchen Sachverhalts schon längst den Klassenkampf ausgerufen hätte. Der besonnene Mann wollte damit sicher nicht die Revolution propagieren. Aber aufrütteln wollte er schon, und ganz gewiß zuerst die SPD, die, so die SZ in einem Leitartikel vom 19.2.2010, „für Millionen Wähler...die Partei des sozialen Abstiegs geworden“ ist. Der Wähler hat sich dafür revanchiert: „Das Volk“, heißt es bei Kurt Tucholsky, „versteht das meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig.“ Weil aber soziale Ungleichheit ein von Menschen gemachtes Übel ist (SZ v. Dez. 2010), folgt daraus, „...daß Sozialleistungen und Maßnahmen gegen allzu große Einkommens- und Vermögensungleichheiten...wichtige ökonomische Variablen sind, die den Zusammenhalt einer Gesellschaft stärken und wirtschaftliches Vertrauen fördern“ (Tony Judt, New York University, SZ v. 2.3.2010). Denn, so Jochen Vogel anlässlich seines 85. Geburtstags in einem Interview, „das Wichtigste ist für mich, daß sie (die SPD) sich an ihren Grundwerten, an vorderster Stelle der sozialen Gerechtigkeit, orientiert“ (SZ v. 3.2.2011). Nicht nur für ihn!